

folgen; Kosten dürfen durch die Erstattung der Anzeige nicht erwachsen. Der beamtete Arzt benachrichtigt alsbald die Ortspolizeibehörde. Die Anzeige der Todesfälle kann dort fortfallen, wo durch die obligatorische Leichenschau die Mittheilung an den beamteten Arzt gewährleistet wird. Die Befugniß der Polizeibehörden, eine Leichenöffnung anzuordnen, ist auf die Fälle einzuschränken, in denen nach dem Gutachten des beamteten Arztes nur von einer solchen eine Entscheidung zu erwarten ist. Vorschriften über öffentliche Bekanntmachungen und Benachrichtigungen von Behörden beim Ausbruch gemeingefährlicher Krankheiten sind den Ausführungsbestimmungen vorbehalten. Die vorgesehenen Schutzmaassregeln gehen in Bezug auf die Verkehrsbeschränkungen ansteckungsfähiger oder krankheitsverdächtiger Personen zu weit; andererseits sind wichtige Schutzmaassregeln: Fürsorge für Heil- und Pflegepersonal, Belehrung der Bevölkerung, Verbot des Aufenthaltswechsels kranker Personen ohne vorherige ortspolizeiliche Genehmigung unberücksichtigt geblieben. Der Verein sprach sich endlich dahin aus, die Schutzmaassregeln bei übertragbaren Augenkrankheiten der Landesgesetzgebung zu überlassen, den Begriff „beamtete Aerzte“ einwandsfreier zu fassen, und erklärte es für nothwendig, die beamteten Aerzte durch pensionsfähiges Gehalt von der ärztlichen Praxis unabhängig zu stellen. An letzteren Punkt schloss sich der Vortrag von Kreisphysikus Fielitz (Halle a. S.) an, der der Enttäuschung über die immer wiederholte Hinausschiebung der Medicinalreform Ausdruck gab. Ministerialdirektor Bartsch stellte bei seinem Abschiedswort am zweiten Tage in Aussicht, dass nach dem Seuchengesetz auch die Medicinalreform nicht lange werde auf sich warten lassen, dass aber schon vorher die Gehaltsaufbesserung der Physiker fortgeführt werden würde.

Die zweite Sitzung eröffnete ein Vortrag des Referenten: **Zur Lehre von der Arsenvergiftung.** Er berichtete über eine Reihe gemeinsam mit Dr. A. Kirstein ausgeführter Untersuchungen, denen zufolge auch nach dem Tode in den Magen eingeführte Gifte, speciell Arsen, sich durch diesen in die Nachbarorgane verbreiten, der Befund von Arsen in Leber, Nieren, Lungen an sich also keine während des Lebens stattgefundene Resorption beweist. Die Vertheilung des Giftes ist aber bei der postmortalen Imbibition eine andere; Referent macht besonders auf die frühere und stärkere Durchtränkung der linken Niere gegenüber der rechten aufmerksam und erwartet aus diesem Zeichen eine Entscheidung der schwierigen, schon mehrfach praktisch gewordenen Frage, ob Vergiftung oder postmortale Giftzufuhr.

Die **Fürsorge für geisteskranken Strafgefangene** war das Thema des anregenden, durch casuistische Mittheilungen aus eigener Erfahrung und durch zahlreiche Photographien unterstützten Vortrages von A. Leppmann. Er erklärte die Schaffung besonderer Beobachtungs- und Heilanstalten für geisteskranken Strafgefangene für empfehlenswerth; für diejenigen geisteskranken Strafgefangenen dagegen, welche aus dem Strafvollzuge ausscheiden, seien besondere Anstalten nicht erforderlich. Zur Verhütung des Vorkommens geistiger Erkrankungen im Strafvollzuge und zu deren rechtzeitiger Erkennung sind anzustreben: eine gewisse Berücksichtigung der geistigen Unzulänglichkeit als Strafausschliessungsgrund im Sinne des § 51 Strafgesetzbuches; eine umfassendere, besonders anthropologische Ausmittelung der Persönlichkeit der zum Strafvollzug Eingelieferten, wofür natürlich eine bessere Stellung der Gefängnisärzte Vorbedingung ist, grössere Anerkennung der geistigen Minderwerthigkeit in der Armenpflege. Endlich müssen wir sympathisiren mit den Bestrebungen nach Heraufückung des Alters der Strafmündigkeit von zwölf auf vierzehn Jahre nach Einführung der bedingten Entlassung, nach Ausdehnung der Fürsorge für die verwahrloste resp. verbrecherische Jugend.

Ueber die **staatliche Beaufsichtigung des Irrenwesens** sprach Kreisphysikus Meyhöfer (Görlitz). Er sprach sich gegen eine Erschwerung der Aufnahme eines Geisteskranken in die Irrenanstalt aus, hält die Einführung der geplanten Besuchscommissionen schon zur Beruhigung des Publikums für zweckentsprechend, wünscht eine Meldung der Aufnahme nur an die Staatsanwaltschaft und den Medicinalbeamten, nicht an die Polizeibehörde (um ein unerwünschtes Bekanntwerden zu vermeiden), wünscht ein strengeres Verfahren bei der Concessionirung neuer Privatirrenanstalten, und will endlich von der Beibringung eines Physikatsattestes bei der Aufnahme absehen. Letzterer Punkt fand nicht allgemeine Zustimmung.

Den Schluss der Versammlung bildete ein Vortrag von Kreisphysikus Grisar (Trier) über **Unfall und Bruchschaden**, die Erörterung zweier Gebührenfragen und die Neuwahl des Vorstandes. Der langjährige Vorsitzende Kanzow und Schulz (Berlin) hatten eine Wiederwahl abgelehnt, für sie wurden Wernich und Philipp gewählt.

Fr. Strassmann.

## XII. Zehnte Hauptversammlung des Preussischen Medicinalbeamtenvereins, Berlin, 10. und 11. April 1893.

Die im vorigen Jahr der Cholera wegen verschobene zehnte Hauptversammlung des Medicinalbeamtenvereins hat am 10. und 11. April d. J. stattgefunden.

Den ersten Tag füllte fast ganz die Verhandlung über das **Reichsseuchengesetz**, für welches Herr Reg.-Medicinalrath Rapmund (Minden) als Referent fungirte. Die von ihm aufgestellten Thesen fanden nach angeregter Discussion fast durchweg die Zustimmung der Versammlung; speciell sprach dieselbe sich auch dahin aus, die Meldepflicht der Curpuser, welche Wallich und Wernich bekämpft, Jacobson und Peyser befrwortet hatten, beizubehalten. Die Beschlüsse des Vereins gehen hiernach im wesentlichen dahin: Neben den vom Auslande her eingeschleppten Seuchen sollen auch die gefährlicheren einheimischen Krankheiten berücksichtigt werden, und sollen alle diese Krankheiten in einheitlicher Weise zusammengefasst werden. Gelbfieber und Pest können weggelassen werden, die epidemische Genickstarre ist unter die anzeigepflichtigen Krankheiten aufzunehmen. Die vorgeschlagene subsidiäre Anzeigepflicht grossjähriger Familienmitglieder und sonstiger Hausgenossen ist nicht nothwendig. Die Anzeige hat an den beamteten Arzt zu er-